

Niederschrift

HFA/037/2020

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und
Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 26.05.2020

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dr. Peter Lüttmann

Bürgermeister

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	(ab TOP 2)
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Fabian Lenz	CDU	Vertretung für Herrn Dieter Fühner (ab TOP 2)
Herr Friedrich Theismann	CDU	Vertretung für Herrn Norbert Kahle

Frau Bettina Völkening	SPD	Vertretung für Herrn Detlef Weßling
Frau Helena Willers	CDU	Vertretung für Herrn Christian Kaisel

Gäste:

Herr Manfred Brinkmann	CDU	(zu TOP 17)
Frau Dorothee Heckhuis		(zu TOP 17)

Verwaltung:

Herr Mathias Krümpel		Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Milena Schauer		Beigeordnete
Herr Frank de Groot-Dirks		Leitung Büro des Bürgermeisters / Pressesprecher
Herr Dr. Jochen Vennekötter		

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisel	CDU	Ratsmitglied
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied

Herr Dr. Lüttmann eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Herr Mau beantragt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Tagesordnungspunkt zum Thema Marktplatz abzusetzen.

Herr Mau begründet diesen Antrag damit, dass der von seiner Fraktion zu diesem Thema am 18. April dieses Jahres gestellte Antrag noch nicht aufgearbeitet worden sei.

Herr Ortel beantragt ebenfalls die Absetzung des zuvor genannten Tagesordnungspunktes. Er begründet seinen Antrag damit, dass zumindest die ersten drei in der Beschlussvorlage genannten Beschlussvorschläge nicht bzw. nicht zu diesem Zeitpunkt erforderlich seien.

Herr Dr. Lüttmann erklärt, dass ein Beschluss über den Marktstandort aus Sicht der Verwaltung deshalb erforderlich sei, da aufgrund politischer Aktivitäten die Marktbesucher offensichtlich den Eindruck bekommen haben, dass die Standortfrage noch nicht endgültig geklärt sei.

Herr Hachmann teilt mit, dass die CDU-Fraktion auch die Absetzung des Tagesordnungspunktes befürwortet. Es gäbe aktuell keinen Antrag, der einen Verbleib des Wochenmarktes auf den Borneplatz anstrebt. Insofern sind keine neuen bzw. bestätigenden Beschlüsse hierzu erforderlich. In diesem Zusammenhang schlägt er vor, einen Vertreter der Interessengemeinschaft Markt im weiteren Planungsprozess zu beteiligen.

Herr Roscher erinnert daran, dass Anträge auf Absetzung eines Tagesordnungspunktes in der Vergangenheit grundsätzlich von den Fraktionen positiv beschlossen wurden. Die SPD-Fraktion werde auch heute so verfahren.

Herr Mau spricht sich dafür aus, dass alle Personen, die sich bislang nicht eingebunden fühlen, eingebunden werden. Ferner solle eine Verlegung des Wochenmarktes auf den Marktplatz erst zum Frühling 2021 erfolgen.

Frau Floyd-Wenke spricht sich ebenfalls für die Absetzung des Tagesordnungspunktes in der heutigen Sitzung aus. Sie regt an, das Thema – nicht diese Vorlage – in der nächsten Ratssitzung auf die Tagesordnung zu nehmen. Die Verwaltung möge hierfür in einer neuen Vorlage aufzeigen, mit welcher Ernsthaftigkeit die Verwaltung und die Fraktionen daran interessiert sind, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Ferner könne hier die Beteiligung der Interessengemeinschaft Markt beschlossen werden. Ziel müsse es sein, zeitnah ein gutes Konzept vorzulegen, über das dann diskutiert werden könne.

Herr Brunsch erklärt, dass sich die FDP-Fraktion ebenfalls für die Absetzung des Tagesordnungspunktes ausspreche.

Herr Dr. Lüttmann stellt den Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 9 - Bestätigung des Marktplatzes als Standort des Wochenmarktes zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 36 über die öffentliche Sitzung am 03.03.2020

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Informationen der Verwaltung

2.1. Freigabe Emsstraße für Radverkehr rückgängig machen und Lieferverkehre zeitlich einschränken - Antrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2020

Herr Dr. Lüttmann stellt den als Anlage 1 zur Niederschrift beigefügten Antrag kurz vor. Er unterbreitet den Verfahrensvorschlag, den Antrag in der Bauausschusssitzung nach der Sommerpause zu beraten.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses widersprechen dem Verfahrensvorschlag nicht.

2.2. Runder Tisch Pflege - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.03.2020

Herr Dr. Lüttmann stellt den als Anlage 2 zur Niederschrift beigefügten Antrag kurz vor. Er unterbreitet den Verfahrensvorschlag, den Antrag an den Sozialausschuss zu verweisen. Herr Gausmann ergänzt, dass im Sozialausschuss regelmäßig eine entsprechende Berichterstattung erfolge. Der letzte Bericht bzw. die letzte Sitzung des Runden Tisches Pflege sei aufgrund der Corona-Pandemie ausgefallen und werde so bald wie möglich nachgeholt.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses widersprechen dem Verfahrensvorschlag nicht.

2.3. Konzept für Marktplatz und Wochenmarkt - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Dr. Lüttmann stellt den als Anlage 3 zur Niederschrift beigefügten Antrag kurz vor. Er weist darauf hin, dass dieser Antrag teilweise im heutigen Tagesordnungspunkt 9 hätte beraten werden sollen, dieser aber abgesetzt worden sei. Eine Beratung des Antrages erfolge daher zu einem späteren Zeitpunkt.

2.4. Kommunale Handlungsfelder in der Corona-Krise - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.04.2020

Herr Dr. Lüttmann stellt den als Anlage 4 zur Niederschrift beigefügten Antrag kurz vor.

Herr Gausmann teilt hierzu mit, dass viele in dem Antrag angesprochene Themen von der Verwaltung bereits vor der Antragstellung erledigt worden seien.

Er weist darauf hin, dass den Schulen sehr zeitnah empfohlen wurde, die Schülerinnen und Schüler auf die Nutzung des Fahrrades für den Schulweg – sofern von der Entfernung zumutbar - hinzuweisen.

Ferner wurde bereits für die Schulen ein Hygienekonzept erarbeitet und mit den Schulleitungen, Hausmeistern und weiterem Personal detailliert besprochen.

Hinsichtlich der Forderungen zur Unterstützung der Schüler mit digitalen Medien verweist Herr Gausmann u. a. auf den Umsetzungsstand des Medienentwicklungsplanes. Eine große Herausforderung stelle aktuell der erforderliche heimische Internetanschluss bei jedem Schüler und jeder Schülerin dar.

Bezüglich der damit verbundenen Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer teilt Herr Gausmann mit, dass die VHS seit längerem entsprechende Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer unterbreite.

Sämtliche Beratungsangebote seien auf der Homepage der Stadt unter www.rheine.de zusammengestellt.

Herr Gausmann weist noch darauf hin, dass bei einer Sperrung von Straßen einzelne anliegende Einrichtungen nicht mehr oder nur eingeschränkt erreichbar seien.

Frau Floyd-Wenke bittet darum, die Rückmeldung der Verwaltung gebündelt im Sozialausschuss vorzustellen.

Herr Ortel erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach der aktuellen Rechtslage bezüglich der Maskenpflicht in Schulen.

Herr Dr. Lüttmann teilt hierzu mit, dass die aktuelle Corona-Schutzverordnung keine Maskenpflicht in Schulen vorsehe. Herr Gausmann ergänzt, dass das Ministerium nur eine Empfehlung

ausgesprochen habe. Der Schulleiter könne aber im Rahmen des Hausrechts eine Maskenpflicht anordnen.

2.5. Aussetzung der Kita/OGS-Beiträge - Antrag der Fraktion Die Linke vom 25.05.2020

Herr Dr. Lüttmann stellt den als Anlage 5 zur Niederschrift beigefügten Antrag kurz vor. Er unterbreitet den Verfahrensvorschlag, den Antrag in der nächsten Ratssitzung zu beraten.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses widersprechen dem Verfahrensvorschlag nicht.

2.6. Maßnahmen zur Stärkung des Einzelhandels und der Gastronomie - Antrag der CDU-Fraktion vom 25.05.2020

Herr Dr. Lüttmann stellt den als Anlage 6 zur Niederschrift beigefügten Antrag kurz vor. Er unterbreitet den Verfahrensvorschlag, den Antrag aufzuarbeiten und die Kosten zu ermitteln und möglichst in der nächsten Ratssitzung zu beraten.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses widersprechen dem Verfahrensvorschlag nicht.

2.7. Stadtradeln

Herr Dr. Lüttmann informiert über den aktuellen Stand beim STADTRADELN 2020 und wirbt auch bei den Ratsmitgliedern für eine Teilnahme.

2.8. Sachstand zum integrierten, strategischen Planungsprozess

Herr Dr. Lüttmann informiert, dass sich der Strategieprozess aufgrund der Corona-Pandemie verzögere. Die verschiedenen Akteure und die Presse seien hierüber bereits informiert worden.

3. Einwohnerfragestunde

Es folgen keine Wortmeldungen.

4. Umgestaltung Knotenpunkt A 30/B 70/Venhauser Damm Vorlage: 193/20

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass die Zuständigkeit für dieses Projekt grundsätzlich beim Bund läge. Die Technischen Betriebe bzw. die Stadt Rheine unterstützen bei der Planung und fördern dadurch eine zeitnähere Realisierung.

Herr Timm von der Ingenieurgesellschaft mbH aus Münster stellt anhand der als Anlage 7 zur Niederschrift beigefügten Präsentation die Planung vor.

Herr Brauer erkundigt sich, ob die Dimensionierung der Straßen auch nach der Ansiedlung der Schwarz-Gruppe ausreichend sei.

Herr Timm antwortet, dass die künftigen Flächenentwicklungen bei der Planung berücksichtigt wurden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst im Rahmen der Delegation folgende Beschlüsse:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Planungen zur Umgestaltung des Knotenpunktes A 30/B 70/Venhauser Damm zur Kenntnis.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt den Umbau des Venhauser Dammes im Kreuzungsbereich zur B 70/A 30 und beauftragt die Verwaltung für die anteiligen Kosten der Stadt Rheine Fördermittel zu beantragen.
3. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 260.000 Euro für den Umbau des Venhauser Dammes im Kreuzungsbereich zur B 70/A 30.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungssatzung) der Stadt Rheine vom 17. September 2015**
Vorlage: 202/20

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst im Rahmen der Delegation folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt folgende 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Flächen der Stadt Rheine vom 17. September 2015 (Sondernutzungssatzung):

2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungssatzung) der Stadt Rheine vom 17. September 2015 vom _____

Aufgrund der §§ 18, 18a, 19 und 19a des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1995 (GV.NRW. S. 1028, ber. 1996 S. 81, 141, 216, 355, 2007 S. 327), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 26. März 2019 (GV. NRW. S. 193), und des § 8 Abs. 1 und 3 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 03. März 2020 (BGBl. I S. 433), § 1 Abs. 3 KAG NRW vom 21. Oktober 1969, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2019 (GV. NRW. S. 1029), und des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b, ber. S. 304a), hat der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Rheine im Rahmen der Delegation nach § 60 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen durch Beschluss vom _____ folgende Änderungssatzung erlassen:

Artikel 1

§ 10 Abs. 1 der Sondernutzungssatzung der Stadt Rheine vom 17. September 2015 wird um folgende Sätze ergänzt: „Für das Jahr 2020 wird auf die Erhebung von wiederkehrenden jährlichen Gebühren verzichtet. Bereits gezahlte wiederkehrende jährliche Gebühren werden erstattet.“

Artikel 2

Diese 2. Änderungssatzung tritt rückwirkend zum 01. Januar 2020 in Kraft und tritt mit Ablauf des 31.12.2020 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Elternbeitragssatzung für den Elementar- und Primarbereich ab dem 01.08.2020 Vorlage: 164/20

Frau Floyd-Wenke und Frau Leskow teilen mit, dass sie weiterhin eine gänzlich beitragsfreie Betreuung anstreben.

Herr Dr. Lüttmann weist darauf hin, dass die Präambel im letzten Satz bezüglich des Beschlussorgans geändert werden müsse

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Rahmen der Delegation die dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügte Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Kindertageseinrichtungen, für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege und in der Primarstufe im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“, der „Schule von acht bis eins“ sowie der „zusätzlichen Betreuung (außerhalb des Offenen Ganztages)“ (Elternbeitragssatzung).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung - Außerplanmäßige Mittelbereitstellung für die Beschaffung von Mund-Nasen-Schutzmasken Vorlage: 192/20

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst im Rahmen der Delegation folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Rheine genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 23. April 2020 über die außerplanmäßige Mittelbereitstellung für die Beschaffung von Mund-Nasen-Schutzmasken.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung - Nutzung der Stadthalle für Mitglieder- und Vertreterversammlungen
Vorlage: 207/20

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst im Rahmen der Delegation folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 7. Mai 2020 über die kostenlose Nutzung der Stadthalle Rheine für die gem. § 17 KWahlG erforderlichen Mitglieder- bzw. Vertreterversammlungen zur Aufstellung von Kandidaten/-innen zur Wahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin der Stadt Rheine und des Rates der Stadt Rheine im Jahr 2020 als einmalige Ausnahme im Rahmen einer soziokulturellen Veranstaltung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Bestätigung des Marktplatzes als Standort des Wochenmarktes
Vorlage: 212/20

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

10. Ergänzung der Geschäftsbedingungen für das Theater- und Konzertprogramm der Stadt Rheine
Vorlage: 217/20

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst im Rahmen der Delegation folgenden Beschluss:

Die Geschäftsbedingungen für das Theater- und Konzertprogramm werden zu Beginn des Kapitels „Allgemeine Bedingungen“ wie folgt ergänzt:

Notwendige organisatorische Maßnahmen, die sich aus Vorschriften zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus ergeben und zur Aufnahme des Spielbetriebs in der Saison 2020/2021 notwendig sind, haben Vorrang vor den nachfolgenden allgemeinen und besonderen Geschäftsbedingungen.

(Diese Regelung gilt bis zum 31.05.2021)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Entwurf des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019
Vorlage: 181/20

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt im Rahmen der Delegation den Entwurf des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019 zur Kenntnis und leitet ihn an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung weiter.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH - Jahresabschluss 2019
Vorlage: 206/20

Herr Dr. Lüttmann erklärt sich zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages für befangen.
Herr Bonk übernimmt zur Abstimmung über Ziffer 1 die Leitung der Sitzung.

Die anderen Aufsichtsratsmitglieder erklären sich zu Ziffer 2 c für befangen und nehmen zur Abstimmung hierüber im Zuhörerraum Platz.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt im Rahmen der Delegierung Herrn Mathias Krümpel als persönlichen Stellvertreter von Herrn Dr. Peter Lüttmann in der Gesellschafterversammlung der EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH (EWG), folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsratsmitglied Herrn Dr. Peter Lüttmann wird für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt im Rahmen der Delegierung den Vertreter der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der EWG, Herrn Dr. Peter Lüttmann, folgenden Beschlüsse zu fassen:
 - a) Die Gesellschafterversammlung der EWG stellt gemäß § 7 (10 f) des Gesellschaftsvertrages den Jahresabschluss 2019 bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019, der Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 und dem Anhang sowie dem Lagebericht fest. Die Bilanzsumme beträgt **2.953.109,91 EUR**, der Jahresfehlbetrag wird mit **950.475,53 EUR** ausgewiesen. Jahresabschluss und Lagebericht wurden durch den Wirtschaftsprüfer Ernst August Lührmann gemäß § 316 HGB geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.
 - b) In der Bilanz zum 31. Dezember 2019 wird eine Kapitalrücklage in Höhe von **3.140.707,18 EUR** ausgewiesen. Die Gesellschafterin leistet die Einlage, um die Gesellschaft mit dem für ihre Tätigkeit notwendigen Kapital auszustatten. Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2019 in Höhe von **950.475,53 EUR** wird mit der Kapitalrücklage verrechnet, sodass zum 1. Januar 2019 eine Kapitalrücklage in Höhe von **2.190.231,65 EUR** verbleibt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- c) Der Geschäftsführung und den anderen Aufsichtsratsmitgliedern werden für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. **Bebauungsplan Nr. 82,**
Kennwort: "St. Mariä Heimsuchung Hauenhorst", der Stadt Rheine
I. **Ergänzungsbeschluss**
II. **Aufstellungsbeschluss**
III. **Offenlegungsbeschluss**
Vorlage: 063/20/1

Herr Hachmann beantragt eine Änderung des Beschlussvorschlages. Er erläutert die Gründe, die zur Aufnahme der Dachbegrünung und der Hainbuchenhecke in den Beschlussvorschlag geführt haben. Nach Rücksprache mit der Kirchengemeinde solle die Festsetzung zur Dachbegrünung nicht mehr beschlossen werden.

Herr Roscher, Herr Mau und Herr Ortel sprechen sich gegen die Änderung des Beschlussvorschlages aus, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt der Offenlage.

Herr Dr. Lüttmann ruft den in der Vorlage formulierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung auf, da dies der weitergehende Antrag sei.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss zieht die Angelegenheit im Rahmen der Delegation an sich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

I. Ergänzungsbeschluss

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Rheine beschließt in Ergänzung der Ursprungsvorlage Nr. 063/20 die textlichen Festsetzungen zur Dachbegrünung und zur Anpflanzung einer Hainbuchenhecke gemäß den in der Begründung ausgeführten Erläuterungen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen

II. Aufstellungsbeschluss

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Rheine beschließt im Rahmen der Delegation gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 82, Kennwort: "St. Mariä Heimsuchung Hauenhorst", der Stadt Rheine im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB aufzustellen.

Mit der Erfüllung der Voraussetzungen gemäß § 13 a Abs. 1 Sätze 4 und 5 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2 a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 a Abs. 1 BauGB abgesehen.

Der räumliche Geltungsbereich wird durch die Flurstücke 445 und einer Teilfläche des Flurstücks 106 im Bereich zwischen der „Hauptstraße“, der Straße „Auf der Hüchte“ und der „Kirchstraße“ gebildet.

Sämtliche Flurstücke befinden sich in der Flur 21, Gemarkung Rheine l. d. Ems. Der räumliche Geltungsbereich ist im Übersichtsplan des Bebauungsplanes geometrisch eindeutig festgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Offenlegungsbeschluss

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Rheine beschließt im Rahmen der Delegation, dass gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 und § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 82, Kennwort: " St. Mariä Heimsuchung Hauenhorst", der Stadt Rheine nebst beigefügter Begründung öffentlich auszulegen ist.

Im Rahmen dieser Auslegung kann sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung unterrichten und sich zur Planung äußern. Während dieser Auslegungsfrist können Stellungnahmen abgegeben werden, wobei nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Bildung einer Erschließungseinheit "Eschendorfer Aue" im Teilbereich West Vorlage: 176/20

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss zieht die Angelegenheit im Rahmen der Delegation an sich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst im Rahmen der Delegation folgenden Beschluss:

Die Erschließungsanlage „Eschendorfer Aue / Am Feldrain West“ (Hauptzug) und die Nebenstraßen „Eschendorfer Aue Stichweg Nord“, „An der Streuobstwiese“ und „Am Feldrain Stichweg Ost“ im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 339 Ta West Kennwort: „Eschendorfer Aue Teilabschnitt West“ werden nach § 130 Baugesetzbuch zu der Erschließungseinheit „Eschendorfer Aue“ zusammengefasst.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

15.1. Eingabe Stadtteilbeirat Rodde/Kanalhafen - Wiederinbetriebnahme Eisenbahnteppunkt Rodde

Herr Dr. Lüttmann verweist auf eine vom Stadtteilbeirat Rodde/Kanalhafen vorgebrachte Eingabe, die zusammen mit einem Verfahrensvorschlag der Verwaltung bereits mit den Sitzungunterlagen versandt wurde. Die Mandatsträger widersprechen dem Verfahrensvorschlag nicht.

15.2. Bebauung des Grundstücks der ehemaligen Soccer-Halle

Herr Dr. Lüttmann berichtet, dass sich mehrere Anwohner der Alfred-Delp-Straße gegen eine Bebauung mit Mehrfamilienhäusern auf dem Gelände der ehemaligen Soccer-Halle an der Hauenhorster Straße ausgesprochen hätten.

Er schlägt vor, dass diese Eingaben als Anregungen zum Bebauungsplan gemäß den dort vorgegebenen Verfahrensvorschriften behandelt werden.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses widersprechen dem Verfahrensvorschlag nicht.

15.3. Langjährige Baustelle

Ferner berichtet Herr Dr. Lüttmann darüber, dass eine der vorgenannten Eingaben (vgl. TOP 15.2) zusätzlich die Dauer einer konkreten Baustellentätigkeit hinterfragt.

Herr Dr. Lüttmann teilt hierzu mit, dass die Bauordnung hierzu bereits eine Sachaufklärung vorgenommen habe und die Erkenntnisse hieraus dem Bürger mitgeteilt werden.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses widersprechen dem Verfahrensvorschlag nicht.

16. Anfragen und Anregungen

16.1. Straßenbaumaßnahme an der Kirche in Hauenhorst

Frau Leskow fragt, wann die Hauptstraße an der Kirche in Hauenhorst erneuert werde.

Herr Dr. Vennekötter antwortet, dass dies voraussichtlich im nächsten Jahr erfolge.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung:

18:30 Uhr

Dr. Peter Lüttmann
Bürgermeister

Tim Reuter
Schriftführer